Christoph Mick

Kollektive Gewalt in Lemberg 1918–1939

Einleitung

Kollektive Gewalt ist ein Instrument sozialer Kontrolle. Sie richtet sich gegen Individuen oder Gruppen, welche die von den Gewaltakteuren als gerecht empfundene Ordnung verletzen. Dies schließt auch Gewalt gegen den Staat ein. Roberta Senechal de la Roche unterscheidet vier Typen nicht-staatlicher kollektiver Gewalt: 1. Lynchen (*lynching*) – richtet sich gegen Einzelne, die Gewaltakteure zerstreuen sich bald nach der Tat; 2. Aufruhr (*riots*) – richtet sich gegen Kollektive (auch den Staat), der Zusammenhalt der Gewaltakteure hat ebenfalls keinen Bestand; 3. Vigilantismus – die Existenz von Bürgerwehren (*vigilantism*) – richtet sich gegen Einzelne, die Organisation der Gewaltakteure besteht über einen längeren Zeitraum; 4. Terrorismus – richtet sich gegen Kollektive einschließlich des Staates, Gewaltakteure sind Gruppen mit hohem Organisationsgrad und langem Bestand¹.

Relationale und kulturelle Distanz sowie die soziale Ungleichheit von Gewaltakteuren und Opfern wirken – nach Senechal de la Roche – gewaltverschärfend, während eine funktionale Abhängigkeit den Grad der Gewalt eher reduziert. Ich werde im Folgenden die Konfliktstrukturen in Lemberg untersuchen und danach fragen, inwieweit kulturelle und relationale Distanz, soziale Ungleichheit und funktionale Abhängigkeit die kollektive Gewalt beeinflusst haben. Darüber hinaus werde ich auch nach der Rolle des Staates in diesen Konflikten fragen.

Gewalterfahrungen vor 1920

Lemberg war vor dem Ersten Weltkrieg die Hauptstadt des Königreichs Galizien und Lodomerien. Dieses österreichische Kronland war aus den Gebieten gebildet

¹ *Roberta Senechal de la Roche*, Collective Violence as Social Control, in: *Sociological Forum* 11/1 (1996) 97–128. Siehe auch *Charles Tilly*, From Mobilization to Revolution (Reading, Mass. 1978) und die Beiträge von *Donald Black*, Crime as Social Control, in: *American Sociological Review* 48 (1983) 34–45; *ders.*, The Behavior of Law (New York 1976); *ders.*, Social Control as a Dependent Variable, in: *ders.* (Hrsg.), Toward a General Theory of Social Control, Bd. 1: Fundamentals (Orlando, Fla. 1984) 1–36.

worden, die nach der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 an das Habsburgerreich gefallen waren. Im westlichen Teil des Kronlandes mit dem städtischen Zentrum Krakau waren über 88% der Bevölkerung römisch-katholisch – meist Polen –, in Ostgalizien, und dort liegt Lemberg, nur ein Viertel. Der Anteil der griechisch-katholischen Ruthenen oder Ukrainer betrug hier über 61,7%. 12,4% der Bevölkerung war jüdisch².

Die meisten ostgalizischen Städte hatten eine polnische oder jüdische Bevölkerungsmehrheit. Auf dem Land lebten vorwiegend ruthenische/ukrainische Bauern, die es mit polnischen oder jüdischen Gutsbesitzern und Gutspächtern zu tun hatten. Die polnischen Eliten dominierten das Kronland politisch, sozial und kulturell. Lemberg wuchs von 87100 Einwohnern 1869 auf 212000 im Jahre 1912 und – nach der Eingemeindung der Vororte – auf 312000 im Jahre 1931. Etwa die Hälfte der Einwohner war römisch-katholisch – meist Polen –, etwas weniger als ein Drittel jüdisch und etwa 19% (1931 15,6%) griechisch-katholisch, wovon 1910 etwa zwei Drittel Ukrainisch als Hauptsprache angaben³.

In Lemberg kreuzten sich imperiale und nationale Interessen. Eines der wichtigsten russischen Kriegsziele war der Erwerb Ostgaliziens mit seiner ukrainischen, aus russischer Sicht kleinrussischen Bevölkerungsmehrheit. Polen und Ukrainer wiederum konnten sich ihre künftigen Nationalstaaten nicht ohne Lemberg vorstellen. Zunächst forderten sie einen Ausbau der Autonomie des Kronlandes (Polen) oder seine Teilung in einen polnischen und einen ukrainischen Teil (Ukrainer)⁴.

Während Agrarproteste zu blutigen Zusammenstößen führen konnten, blieben die Konflikte zwischen polnischen und ukrainischen Studenten und Arbeitern und Unternehmern vor 1914 in der Regel ohne schwere Folgen. Seit den Reichsreformen der 1860er Jahre konnten sich alle Gruppen politisch betätigen und darauf hoffen, mit legalen Mitteln ihre Position zu verbessern. Ausnahmen waren der Mord eines ukrainischen Studenten an Statthalter Graf Andrzej Potocki und der Tod eines ukrainischen Studenten bei einem Zusammenstoß mit polnischen Studenten.

Der Krieg zerstörte die zivilgesellschaftlichen Traditionen nicht sofort. Sie erodierte über vier lange Kriegsjahre. Die österreichischen Behörden selbst führten den ersten Schlag. Ukrainer wurden kollektiv der Russophilie verdächtigt, des Verrats oder der Spionage beschuldigt; mehrere Tausend wurden gehängt oder von Feldgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, mehrere Zehntausend interniert und in österreichischen Lagern eingesperrt⁵. Bereits am 2. September

² Rudolf A. Mark, *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung* (Marburg 1994) 80–85.

³ Stepan Makarčuk, *Naselennja „stolyci“ u druhij polovyni XIX – peršij tretyni XX st.*, in: L'viv. Istoryčni narysy (L'viv 1996) 207–224, hier: 218 ff.

⁴ Hierzu und zum Folgenden Christoph Mick, *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1947* (Wiesbaden 2010).

⁵ Aufzeichnungen des unierten Priesters Kyryl Levyč'kyj (1914); Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraïny, miasto L'viv (Zentrales Historisches Staatsarchiv der Ukraine in

1914 wurde die Stadt von russischen Truppen besetzt. Unter der Militärverwaltung wurde die ukrainische Nationalbewegung unterdrückt, und Stadt und Region wurden für die Eingliederung ins Russische Reich vorbereitet. Die Besatzer witterten ebenfalls überall Verrat, für den sie aber nicht die ukrainische, sondern die jüdische Bevölkerung verantwortlich machten, die unter zahlreichen Diskriminierungen zu leiden hatte⁶. Am 27. September 1914 kam es in Lemberg zu anti-jüdischen Ausschreitungen. Täter waren Kosaken, die raubend und mordend durch die jüdischen Viertel zogen. Der Pogrom kostete über 40 Todesopfer⁷.

Nach Rückkehr der österreichischen Truppen am 22. Juni 1915 wurde das Land mit Prozessen gegen echte und vermeintliche Kollaborateure überzogen⁸. Anders als zu Kriegsbeginn waren jetzt auch viele Polen betroffen. Für die polnischen Eliten, die seit nunmehr 50 Jahren das Kronland beherrschten, war dies eine neue und unerwartete Erfahrung, die die Loyalität zum Habsburgerreich untergrub und die interethnischen Beziehungen vergiftete⁹.

Am 1. November 1918 brach die österreichische Herrschaft in Lemberg zusammen. Polnische und ukrainische Eliten leisteten sich nun einen Wettlauf um die Stadt. Bevor eine Delegation des Polnischen Liquidationskomitees Lemberg für Polen reklamieren konnte, handelte die ukrainische Nationalbewegung. Das Ukrainische Nationalkomitee proklamierte die Westukrainische Volksrepublik, und ukrainische Soldaten der k. und k. Armee übernahmen die Macht in der Stadt. Der Zufall wollte es, dass zu diesem Zeitpunkt nur wenige Soldaten polnischer Nationalität in Lemberg stationiert waren. Sie wurden entwaffnet und wie die Soldaten anderer Nationalität nach Hause geschickt. Der erste Tag des Staatsstreiks verlief relativ unblutig, aber im Geheimen hatten sich polnische Militärkomitees auf diesen Fall vorbereitet und leisteten bewaffneten Widerstand. Die jüdische Gemeindevertretung erklärte sich für neutral und bildete eine Miliz aus ehemaligen jüdischen Soldaten der k. und k. Armee, die die jüdischen Viertel vor Bandenüberfällen schützen sollten. Die polnische Gesellschaft legte jedoch die Neutralität als Verrat aus und beschuldigte die jüdische Bevölkerung, objektiv die ukrainische Seite zu unterstützen¹⁰.

Lemberg, abgekürzt CDIAL), fond (Bestand, abgekürzt f.) 408, opis (Findbuch, abgekürzt op.) 1, sprawa (Akte, abgekürzt spr.) 112; *Anna Veronika Wendland*, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915 (Wien 2001) 540–547.

⁶ *Jakób Schall*, Żydostwo Galicyjskie w czasie inwazji rosyjskiej [w latach 1914–1916] (Lwów 1936) 10.

⁷ *Henryka Kramarz*, Samorząd Lwowa w czasie pierwszej wojny światowej i jego rola w życiu miasta (Krakow 1994) 43f.; *Bohdan Janusz*, 293 dni rządów rosyjskich we Lwowie [3. IX. 1914–22. VI. 1915] (Lwów 1915) 166; *Zygmunt Zieliński*, Lwów po inwazji rosyjskiej. Wrzesień–Grudzień 1914 (Wien 1914) 12.

⁸ Der Gendarmeriestabsoffizier in Lemberg an die K.-Stelle des k.u.k. 2. Armee-Etappenkommandos, 19. 10. 1915; Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (abgekürzt HHStA), P.A.I., 931.

⁹ *Józef Białynia-Chołodecki*, Wspomnienia z lat niedoli i niewoli 1914–1918 (Lwów 1919) 27f.

¹⁰ Dazu *Mick*, Kriegserfahrungen 232–255.

Aus polnischer Sicht war die ukrainische Machtübernahme illegitim. Sie war gegen den Willen der Lemberger Bevölkerungsmehrheit erfolgt und verletzte die historischen Rechte Polens. Aus Sicht der ukrainischen Eliten hatten die Ukrainer dagegen nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker wahrgenommen. Als sich polnische Einsatztruppen näherten, verließen die ukrainischen Einheiten die Stadt. 194 Polen waren in diesen drei Wochen getötet worden, die Zahl der ukrainischen Gefallenen ist nicht bekannt. Die Stadt wurde noch mehrere Monate von der Ukrainischen Galizischen Armee belagert, bevor der polnisch-ukrainische (Bürger-)krieg mit einem polnischen Sieg endete.

Nach Abzug der ukrainischen Soldaten ließ sich die jüdische Miliz widerstandslos entwaffnen. Doch nun plünderten marodierende Soldaten und Offiziere, freigelassene Banditen sowie einige Einwohner drei Tage lang die jüdischen Viertel, erpressten, beraubten, misshandelten und töteten Juden. Die kollektive Gewalt traf die jüdische und nicht die ukrainische Bevölkerung, die zwar auch Übergriffen ausgesetzt war, aber keinen systematischen Raubzügen und Morden. Der Pogrom forderte nach vorsichtigen Schätzungen 74 Todesopfer, viele Häuser waren angezündet, tausende Geschäfte geplündert worden. Das zur Hilfe für die Pogromopfer gegründete Jüdische Rettungskomitee registrierte 2815 Übergriffe. Die meisten Angriffe wurden von Soldatenpatrouillen verübt, die in 494 Fälle von einem Offizier angeführt wurden. In 391 Fällen waren auch Zivilisten beteiligt. Diese Zahlen zeigen, dass sich nur ein kleiner Teil der Einwohner aktiv am Pogrom beteiligte. Viele Bürger fanden sich aber als Schaulustige ein und sahen den Gewaltakten zu. Diese Gleichgültigkeit, ja bisweilen Freude ihrer christlichen Nachbarn schockierte die jüdische Bevölkerung. Die jüdische Elite war Teil der städtischen Honoratiorenschaft, und gerade die assimilierten Juden waren von dem Pogrom und der Haltung der polnischen Gesellschaft völlig überrascht worden. Pogrome waren etwas, das in Russland oder allenfalls auf dem galizischen Land erwartet wurde, aber nicht in einer solch modernen und zivilisierten Stadt wie Lemberg. Die Opfer erkannten namentlich 54 Soldaten, 18 Offiziere und 31 Zivilisten, 173mal wurden zwar die Gesichter, aber nicht die Namen erkannt. Daraus folgt, dass in der Mehrzahl der Fälle die Opfer die Gewaltakteure nicht persönlich kannten¹¹.

Die kulturelle Distanz war in diesem Fall relativ groß. Die Täter waren in der Regel römisch-katholische Polen, die Opfer gehörten ausnahmslos zur jüdischen Bevölkerung. Auch die relationale Distanz trug zum Ausmaß der Gewalt bei. Es bestand nur selten eine direkte Beziehung zwischen Tätern und Opfern und keine funktionale Abhängigkeit, die die Konfliktaustragung hätte mildern können. Viele Gewaltakteure stammten nicht aus Lemberg, sondern gehörten zu den Einsatztruppen. Generelle Angaben über den Grad sozialer Ungleichheit zwischen Gewaltakteuren und Gewaltopfern lassen sich nicht machen, da Juden ungeachtet ihrer sozialen Stellung zu Opfern wurden. Da Bereicherung einer der wichtigsten Motive des Pogroms war, ist jedoch davon auszugehen, dass in vielen Fällen ein

¹¹ Ebd.

Wohlstandsgefälle zwischen Gewaltopfern und Gewaltakteuren bestand. Vor allem Juden in den jüdischen Wohnbezirken wurden attackiert. Assimilierte Juden, die nicht dort wohnten, wurden zwar auch heimgesucht, sie hatten allerdings eine bessere Chance, Hilfe bei christlichen Nachbarn zu finden oder gar nicht erst angegriffen zu werden.

Der Pogrom war erst durch den Kollaps der österreichischen Verwaltung und den Zerfall der öffentlichen Ordnung möglich geworden. Es gibt Hinweise, aber keinen schlüssigen Beweis dafür, dass die polnischen Befehlshaber diesen Pogrom erlaubt hatten. Aber es lag in ihrer Verantwortung, die Gewalt zu verhindern. Anlass für den Pogrom war das Verhalten der jüdischen Bevölkerung während der polnisch-ukrainischen Straßenkämpfe. Die polnische Militärzeitung *Pobudka* verbreitete das Gerücht, dass die jüdische Miliz auf polnische Soldaten geschossen hatte. Während der Straßenkämpfe operierten in Lemberg auch kriminelle Banden, die die unübersichtliche Situation für Raubzüge nutzten. Das Problem war noch dadurch verschärft worden, dass die ukrainischen Truppen vor ihrem Abzug die Tore der Gefängnisse geöffnet hatten. Einige Gangster hatten sich zuvor schon den polnischen Kämpfern angeschlossen und verfolgten auch kriminelle Ziele. Die Verbindung des Kampfes für das polnische Lemberg mit individueller Bereicherung muss nicht aus reinem Zynismus heraus geschehen sein, auch Angehörige der Unterwelt können patriotisch sein.

Die Beziehungen der polnischen Gesellschaft zur jüdischen Bevölkerung waren inzwischen so vergiftet, dass Hilfe für die Gewaltopfer eher selten war. Vor allem Teile der polnischen Nationaldemokratie sahen in der jüdischen Bevölkerung einen Fremdkörper, der der Entwicklung eines römisch-katholischen und – wie unterstellt wurde – höchst patriotischen polnischen Mittelstands im Wege stand. Neutralität im polnisch-ukrainischen Konflikt reichte der polnischen Gesellschaft nicht. Sie hatte die bedingungslose Unterstützung der Staatsgründung – für Polen die Wiederherstellung ihrer „gerechten Ordnung“ – erwartet, während die ukrainische Nationalbewegung nicht mehr als Neutralität erwartete hatte. Dies war aber nicht der einzige Grund für den Pogrom. Die Kriegserfahrungen hatten die antisemitische Stimmung verstärkt. Juden wurden bereits während des Weltkrieges als Kriegsprofiteure und Denunzianten wahrgenommen. Ihre Ausraubung und Bestrafung waren damit auch Ausdruck einer „moral economy“ im Sinne E. P. Thompsons¹².

Die polnische Regierung nahm trotz aller Kritik an der jüdischen Neutralitätserklärung diese Herausforderung ihrer Autorität und die gravierende Verletzung der öffentlichen Ordnung nicht tatenlos hin. Allerdings identifizierte die Polizei nur einen Teil der Täter. Im Zusammenhang mit den antisemitischen Ausschreitungen 1918 und 1919 wurden über 200 Zivilisten festgenommen und bis 1920 insgesamt 84 Strafverfahren angestrengt, von denen die meisten auch zu Verurteilungen führten. Mitte Dezember 1918 befanden sich zudem 40 Soldaten, die des

¹² William H. Hagen, *The Moral Economy of Ethnic Violence: The Pogrom in Lwów, November 1918*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005) 203–226.

Mordes oder Raubes beschuldigt wurden, im Gefängnis und warteten auf das Urteil des Feldgerichts¹³.

Kollektive Gewalt in der Zwischenkriegszeit

Politisch und ökonomisch brachte die Eingliederung in Polen Lemberg einen Bedeutungsrückgang. Die Stadt hatte während der Kriegsjahre große materielle Verluste erlitten und war auf Staatshilfe angewiesen. Administrativ war Lemberg jetzt nur noch die Hauptstadt einer von sechzehn Wojewodschaften. Warschau zog die Kompetenzen an sich, die im Habsburger Reich der Kronlandhauptstadt zugefallen waren. Auch hinter der alten Konkurrentin Krakau trat Lemberg nun mehr und mehr zurück. Es kam zu keinem industriellen *take off*. Keine Fabrik hatte mehr als 600 Arbeiter, und nur 28 Fabriken hatten über 100 Arbeitskräfte. Die Stadt wuchs rapide, doch lebten viele Zuwanderer in überfüllten Wohnungen der Vorstädte; manche übernachteten am Arbeitsplatz oder unter freiem Himmel. 1931 betrug die Arbeitslosenquote offiziell 10,35%. Die Dunkelziffer lag aber bei einem Drittel der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter¹⁴.

Zwischen den Weltkriegen brach kollektive Gewalt vor allem im Zusammenhang mit ethnisch-nationalen und religiösen Konflikten aus. Der ukrainisch-polnische Konflikt war durch den polnischen Sieg nicht beendet worden. Die ukrainische Minderheit – in den drei südöstlichen Wojewodschaften eine Mehrheit – fand sich mit dem Ende ihres Staates nicht ab. Alfred Döblin stellte bei einem Besuch im Jahre 1924 fest: „Sie, die Ukrainer, haben starke Sympathien für Deutsches und Deutschland. Aber schrecklicher, blinder dumpfer Haß, ein ganz animalischer Haß auf die Polen spritzt aus vielen ... Eine lebhaft westlich-moderne Mittelstadt ist Lemberg, Geschäftigkeit und Frieden ist in ihren Straßen. Und da ist ein sonderbares Ding, auf das ich plötzlich gestoßen werde. Diese Stadt liegt in den Armen zweier Gegner, die sich darum reißen. Im Hintergrund und unterirdisch wühlen Feindschaft und Gewalt.“¹⁵

Die polnische Mehrheit hatte zum einen mit dem Bedeutungsverlust ihrer Stadt zu kämpfen, zum anderen verstärkte sich die Grenzlandmentalität, das Gefühl, eine polnische Insel im ukrainischen Meer zu sein und einen Abwehrkampf gegen die „östlichen Fluten“ führen zu müssen. Die Polnischkeit (*polskość*) Polens und der *Kresy* (Grenzgebiete) war demnach bedroht. Dies führte dazu, dass die polnischen Nationaldemokraten in den dreißiger Jahren zur stärksten politischen Kraft in Lemberg wurden.

Die ukrainischen politischen Eliten hielten die Eingliederung Ostgaliziens in den polnischen Staat für illegitim und für eine Verletzung ihrer „gerechten Ord-

¹³ Mick, Kriegserfahrungen 254f.

¹⁴ Andrzej Bonusiak, Lwów w latach 1918–1939 [Galicja i jej dziedzictwo 13] (Rzeszów 2000) 207.

¹⁵ Alfred Döblin, Reise in Polen 1924 (München 21993) 191f.

nung“, des ukrainischen Selbstbestimmungsrechts. 1921 boykottierte die Mehrheit der Ukrainer die Wahlen zum *Sejm*, dem polnischen Parlament, um der Regierung nicht das Argument in die Hand zu geben, dass die Ukrainer sich mit der Zugehörigkeit zu Polen abgefunden hätten. Dies war jedoch vergebens. Der alliierte Botschafterrat bestätigte 1924, dass Ostgalizien zum polnischen Staat gehörte, allerdings musste die Regierung versprechen, die Minderheitenrechte zu achten und dem Gebiet Selbstverwaltung einzuräumen. Das erste Versprechen wurde aber nur teilweise, das zweite gar nicht gehalten. Das ukrainische Schulwesen wurde diskriminiert, und Versuche wurden unternommen, die *Kresy* zu polonisieren, nicht zuletzt durch die Ansiedlung von demobilisierten Soldaten der polnischen Armee¹⁶.

Mehr als 50 000 Ukrainer durchliefen in den ersten Jahren Lager oder Gefängnisse. Ehemalige Offiziere der Ukrainischen Galizischen Armee und der *Sič*-Schützen riefen eine Ukrainische Militärorganisation (UVO) ins Leben, die Überfälle auf staatliche Einrichtungen verübte¹⁷. Die Terroranschläge zielten darauf, die Dominanz der Polen im öffentlichen Raum herauszufordern, die Zugehörigkeit des früheren Ostgalizien zu Polen in Frage zu stellen und die Chancen auf einen friedlichen Ausgleich zu untergraben. Zwischen 1921 und 1939 verübten die UVO und ihre Nachfolgerin, die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), 63 Attentate, einige davon in Lemberg, denen 25 Polen, ein Sowjetbürger, ein Jude und 36 Ukrainer zum Opfer fielen. Bei der feierlichen Eröffnung der Ostmesse am 25. September 1921 schoss ein ukrainischer Student auf Staatschef Józef Piłsudski und verletzte den Lemberger Wojewoden. Er wollte zeigen, dass die Ukrainer die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen nie akzeptieren würden¹⁸.

1931 ermordeten ukrainische Nationalisten den – einen Ausgleich mit Polen anstrebenden – stellvertretenden Vorsitzenden des Regierungsblocks Tadeusz Hołowko und 1934 Innenminister Bronisław Pieracki. Zwischen Juli und November 1930 verübten Anhänger der OUN mehr als 2000 Sabotageakte und Anschläge auf Gutsbesitzer, Militärkolonisten und Beamte. Zahlreiche Scheunen und Höfe polnischer Siedler wurden angezündet. Die Regierung reagierte mit Massenverhaftungen und kollektiver Vergeltung. Mitte September 1930 zerstörten Polizei- und Militäreinheiten Gemeindezentren und Lesehallen und beschlagnahmten ukrainisches Eigentum. Dabei gingen sie gewaltsam gegen jeden Widerstand vor.

¹⁶ Mick, Kriegserfahrungen 295–309.

¹⁷ John A. Armstrong, *Ukrainian Nationalism* (Littleton, Colo. 21980) 21. Mychajlo Švabuljak, *L'viv: vid stolyci zachidnoukraïns'koï deržavy do polityčnogo centru Ukraïnciv Halyčyny (1918–1939 rr.)*, in: *Marian Mudryj* (Hrsg.), *L'viv. Misto – Suspil'stvo – Kul'tura* 3 (L'viv 1999) 469–492, hier: 481.

¹⁸ Aufzeichnung des Staatsanwalts beim Appellationsgericht Lemberg für den Innenminister mit vielen Dokumenten, 3. 10. 1921; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 889. Das Kollegium der Verteidiger Fedaks (des Attentäters) an die „Kulturvölker der Welt“, 13. 4. 1922; CDIAL, f. 462, od. 1, spr. 91, ark. 1–2. Der Staatsanwalt an das Bezirksgericht in Lemberg, 25. 6. 1922; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 889, ark. 58–63.

Über 2000 Ukrainer wurden verhaftet, und etwa ein Drittel wurde zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt¹⁹.

In Lemberg selbst fanden Akte kollektiver Gewalt häufig im Umfeld der jährlichen Feiern in Erinnerung an den Kampf im November 1918 statt, ein Datum, das für Ukrainer wie Polen gleichermaßen wichtig war. Es ging dabei um die Deutungshoheit und um die Herausforderung der polnischen Dominanz im öffentlichen Raum. Im folgenden Beispiel begann die kollektive Gewalt als ukrainischer Terrorakt, schlug dann aber in einen Aufruhr polnischer Studenten um.

1928 jährte sich der Kampf um Lemberg zum zehnten Mal. Ukrainische Nationalisten versuchten, die offiziellen Erinnerungsfeiern zu durchkreuzen. Aktionen richteten sich gegen Repräsentationen des polnischen Sieges, gegen Denkmäler. Am Vorabend des 1. November legten zwei Mitglieder der UVO eine Sprengladung an ein polnisches Denkmal. Ein Wachmann wurde durch einen Revolverschuss am Bein verletzt. Ein anderes Denkmal wurde mit Tinte beschmiert. Die ukrainischen Aktivisten beließen es aber nicht bei der Beschädigung polnischer Symbole, sondern platzierten eigene Symbole, ukrainische Flaggen, an exponierten Stellen, um ihren konkurrierenden Anspruch auf Lemberg deutlich zu machen. Nachmittags liefen kleine ukrainische Gruppen mit gelb-blauen Armbinden durch die Stadt²⁰.

Am Abend des 1. November versammelten sich nach einem Festgottesdienst 10000 Ukrainer auf dem Vorplatz der griechisch-katholischen Georgskathedrale. Dies war die größte Menge, die bis dahin je an den ukrainischen Novemberfeiern teilgenommen hatte. Viele waren aus der Umgebung speziell für die Feiern nach Lemberg gekommen. Laut polnischen Zeitungen zog die ukrainische Jugend zu einer ungenehmigten Demonstration Richtung Innenstadt²¹. Laut ukrainischen Berichten wollte sich die Prozession dagegen auf den Weg zu den Gräbern gefallener ukrainischer Soldaten auf dem Janowski-Friedhof machen. Die Aktivisten versuchten durch die Anschläge und Märsche, die Stadt symbolisch in Besitz zu nehmen und die ukrainische „gerechte Ordnung“ vorübergehend wieder herzustellen. Entsprechend scharf reagierten der Staat und polnische Nationalisten auf diese Herausforderung der polnischen „gerechten Ordnung“.

Berittene Polizeieinheiten trieben die Menge auseinander. Die Polizei begründete das gewaltsame Vorgehen damit, dass Schüsse aus der Menge abgegeben und einige polnische Studenten und Polizisten verletzt worden waren. Die ukrainische Presse leugnete dies später. Während die Polizei sich mit der Prozession beschäftigte, versammelten sich polnische Studenten am Denkmal ihres Nationaldichters

¹⁹ Orest Subtelny, *Ukraine. A History* (Toronto, Buffalo, London 32000) 428 ff., 445 ff. Frank Golczewski, *Shades of Grey: Reflections on Jewish-Ukrainian and German-Ukrainian Relations in Galicia*, in: Ray Brandon, Wendy Lower (Hrsg.), *The Shoah in Ukraine: History, Testimony and Memorialization* (Bloomington, Ind. 2008) 148.

²⁰ Nieudałe prowokacje; *Gazeta Lwowska*, 2. 11. 1928. Demonstracje ukraińskie; *Chwila*, 3. 11. 1928. Siehe auch Grzegorz Mazur, *Życie polityczne Polskiego Lwowa, 1918–1939* (Kraków 2007) 123 f.

²¹ *Słowo Polskie*, 3. 11. 1928. *Dziennik Lwowski*, 3. 11. 1928.

Adam Mickiewicz, um die Stadt symbolisch zurückzuerobern und damit ihre „gerechte Ordnung“ wiederherzustellen. Was sich in den folgenden Tagen abspielte, war ein Nachspielen der Kämpfe um Lemberg 1918, das über die übliche Vergegenwärtigung im Fest hinausging.

Laut der nationaldemokratischen Zeitung *Slowo Polskie* beteiligten sich 4600 Studenten an den Ausschreitungen. Die jüdische Zeitung *Chwila* zählte nur 1000 Teilnehmer. Sie marschierten zur ukrainischen Burse, in der sich Studenten verbarrikadiert hatten. Die polnischen Studenten drangen ins Haus ein und verwüsteten das Erdgeschoss²². Die spät hinzukommende Polizei besetzte das Haus und hielt die ukrainischen Studenten fest. Sie machte aber keine Anstalten, die polnischen Randalierer zu verhaften. Danach zogen die polnischen Studenten zu ukrainischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, schlugen Scheiben ein und verwüsteten die Einrichtung. Die Polizei hatte die Lage erst gegen Mitternacht wieder unter Kontrolle. Insgesamt wurden bei den Vorfällen 50 Personen verletzt. Die Angriffe gingen in geringerem Ausmaß in den folgenden Tagen weiter, als die Schaufenster ukrainischer Einrichtungen eingeworfen wurden²³.

Zwar hatte die Polizei von Anfang an versucht, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, doch richteten sich ihre Aktionen stärker gegen ukrainische als gegen polnische Delinquenten. 80 ukrainische Studenten wurden verhaftet, allerdings wurden nur wenige vor Gericht gestellt und verurteilt. Die Polizei führte Hausdurchsuchungen bei ukrainischen Organisationen und Privatpersonen, aber nicht bei Polen durch. In der ukrainischen Burse fanden sie Sprengstoff und anderswo einen Revolver, der zu allem Überfluss auch noch deutscher Herkunft war und damit eine Verbindung zwischen den ukrainischen Demonstranten und dem Erzfeind Deutschland herstellte²⁴.

Die Zeitungen und Organisationen der oppositionellen polnischen Nationaldemokraten solidarisierten sich mit den Studenten. Die Reaktion der akademischen Jugend sei eine „moralische und tatkräftige Unterstützung der Regierung“ und ihrer Sicherheitsorgane, „die von bewaffneten Separatisten“ angegriffen worden waren²⁵. Regierungsnah und liberale Zeitungen kritisierten jedoch das Verhalten der Studenten. Sie machten klar, dass sich der Erfahrungsraum seit November 1918 grundlegend geändert hatte. Was damals eine Heldentat war, galt nun als unreife Randalie. Die Studenten spielten den Ukrainern in die Hände und schaden dem internationalen Ansehen Polens. Die Polen besäßen jetzt einen eigenen Staat, und es sei Aufgabe seiner Sicherheitsorgane, Anschläge zu ahnden und gegen staatsgefährdende Aktionen vorzugehen. Man müsse die Gewohnheiten aus

²² Dziennik Lwowski, 3. 11. 1928, 4. 11. 1928.

²³ Strzały na pl. Jura i ul. Supińskiego; Chwila, 3. 11. 1928, S. 3. Der Präsident des Ukrainischen Nationalrats Petruševyč an den Präsidenten des Völkerbundesrates (in frz. Sprache); CDIAL, f. 355, od. 1, spr. 85, ark. 1–9.

²⁴ Dziennik Lwowski, 3. 11. 1928, 4. 11. 1928, 23. 11. 1928.

²⁵ Słowo Polskie, 4. 11. 1928.

der Teilungszeit ablegen. Es sei politischer Unsinn, Selbstjustiz im eigenen Staat zu üben²⁶.

Die Lemberger Ereignisse wurden auch im polnischen Parlament diskutiert. Ukrainische Abgeordnete beschuldigten die Polizei, eine unbewaffnete und friedliche Prozession angegriffen zu haben. Innenminister Felicjan Składkowski unterschied in seiner Antwort zwischen der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, die loyal zu Polen sei, und den Nationalisten, die er für die Anschläge verantwortlich machte. Laut Składkowski waren nur neun Ukrainer leicht verwundet worden, wogegen acht Polen Kugelschüsse abbekommen hätten und 30 übel zuge richtet worden seien. Fast alle Opfer waren Polizisten²⁷.

Im ukrainisch-polnischen Konflikt konnte kollektive Gewalt von beiden Seiten ausgehen. Ukrainische Gewaltakteure griffen meist zum Mittel des Terrorismus, in der Regel gesteuert von der Ukrainischen Militärorganisation, respektive ihrer Nachfolgerin, der Organisation Ukrainischer Nationalisten. Es ist angesichts der Bevölkerungsverhältnisse in Lemberg nicht verwunderlich, dass Aufruhr nur selten von Ukrainern begonnen wurde. In der Regel ging dieser Typus kollektiver Gewalt von polnischen Studenten und Gymnasiasten aus. Soziale Ungleichheit zwischen den Konfliktparteien spielte hier keine Rolle. Die kulturelle Distanz der Konfliktgruppen war größer als die relationale Distanz, aber die kulturelle Distanz war geringer als zwischen Juden und Polen. Polnisch-ukrainische Ehen wurden häufig geschlossen, während Ehen zwischen Juden und Griechisch- oder Römisch-Katholiken selten waren. Eine, den Grad der Gewalt eventuell mindernde, funktionale Interdependenz gab es zwischen den Konfliktparteien nicht. Der polnische Staat reagierte stärker gegen die Herausforderung des staatlichen Gewaltmonopols durch Ukrainer als durch die polnischen Studenten. Die Gewalt der polnischen Studenten bedrohte nicht den Staat selbst, sondern strebte danach, die polnische „gerechte Ordnung“, die Polnischheit des öffentlichen Raums wieder herzustellen. Dagegen forderte der ukrainische Terror den Staat direkt heraus und stellte die politische Ordnung grundsätzlich in Frage. Der Ermordung von Repräsentanten des Staates oder (auf dem Land) dem Anzünden polnischer Höfe und Getreidespeicher begegnete der Staat mit massiver Gegengewalt, die sich nicht nur gegen schuldige Individuen, sondern kollektiv (besonders auf dem Land) gegen die ukrainische Bevölkerung wandte. Der Konflikt hatte eine lange Vorgeschichte, die bis weit in die Vorkriegszeit hineinreichte und durch den polnischen Sieg 1919 nicht gelöst worden war. Die ukrainischen Nationalisten waren mit keinem Kompromiss einverstanden, der Ostgalizien im polnischen Staatsverband belassen hätte, während weder der polnische Staat noch die Gesellschaft freiwillig auf Lemberg zu verzichten bereit waren. Gewalt war diesem Konflikt immanent.

Neben dem polnisch-ukrainischen Konflikt was es vor allem der Antisemitismus der polnischen Nationaldemokraten, der zu kollektiver Gewalt führte. Im folgenden Beispiel ging es wieder um die polnische Herrschaft über den öffent-

²⁶ Dziennik Lwowski, 3. 11. 1928.

²⁷ Dziennik Lwowski, 23. 11. 1928.

lichen Raum. Am 2. Juni 1929 bewegte sich eine katholische Fronleichnamsprozession von der Annen-Kirche am jüdischen Gymnasium in der Zygmuntowska-Straße vorbei. Die Schülerinnen hatten gerade Pause und lärmten, pfften und sangen. Besonders geräuschvoll ging es in einem Raum im obersten Stockwerk zu. Aus ihm flogen Papierfetzen, möglicherweise auch Brotstücke und Dreck nach unten. Die Teilnehmer/innen der Prozession fühlten sich dadurch gestört und beschwerten sich bei der Direktorin der Schule. Die Mädchen meinten später im Verhör, dass sie der Prozession zwar zugeschaut, sich aber auch gegenseitig geneckt hätten, deswegen war es so laut zugegangen und deswegen war auch Papier aus dem Fenster geflogen. In der Zwischenzeit verbreitete sich unter den Gläubigen das Gerücht, die jüdischen Mädchen hätten sich über die Prozession lustig gemacht, den römisch-katholischen Glauben verhöhnt, ja sie hätten Gegenstände und Steine auf die Prozession geworfen und sogar die Monstranz getroffen. Diese Gerüchte gelangten in die Stadt. Die Repräsentanten der Lemberger Juden versuchten, kein Aufhebens von dem Vorfall zu machen und auf den offiziellen Polizeibericht zu warten. Es gelang ihnen, die Regierungspresse und linke Tageszeitungen davon zu überzeugen, nichts über die angebliche Profanierung zu berichten. Doch am Montag erschien die nationaldemokratische Tageszeitung *Lwowski Kurier Poranny* mit der Meldung, die Gymnasiastinnen hätten Brot und Abfall auf die Prozession geworfen. Die Nationaldemokraten sahen die Chance, ihre durch die Wahlniederlage 1928 geschwächte Position zu verbessern und sich an die Spitze der katholisch-polnischen Bewegung gegen diese „Profanierung des katholischen Glaubens durch die Juden“ zu stellen. Ob die nationaldemokratische Parteiführung die Studenten zum folgenden Aufruhr direkt anstiftete, ist nicht bekannt. Die allpolnischen Studenten brauchten für Angriffe auf Juden nicht besonders motiviert zu werden. Für ihre Racheaktion ließen sie sich Zeit bis Montagabend. Die Studenten lieferten sich in den folgenden Stunden ein Katz und Maus Spiel mit der Polizei. Um 20:40 Uhr versuchten 500 Studenten, in das Gymnasium einzubrechen und warfen Scheiben ein. Die Polizei hatte dies antizipiert und den Haupteingang abgeriegelt. 28 Studenten brachen aber in das Gebäude ein und verwüsteten das Erdgeschoß. Kurz darauf überfielen 200 andere Studenten die Druckerei der jüdischen Tageszeitung *Chwila* und zerschlugen dort Maschinen und Bürogegenstände. Ein in der Nähe stationierter Polizist war nicht imstande, die Randalierer zu stoppen. Eine andere Gruppe formierte sich in der Kopernikus-Straße und am Mickiewicz-Denkmal und zog anschließend durch die Stadt. Einige hundert weitere Studenten griffen um 21 Uhr die jüdische Burse an, die von zwei Polizisten bewacht wurde, die aber nichts gegen die Übermacht ausrichten konnten. Innerhalb weniger Minuten hatten die Studenten den Speisesaal demoliert. Die Polizei nahm an diesem Abend insgesamt 32 Randalierer fest. Die Festnahmen führten zu einem weiteren Aufruhr unter der polnischen akademischen Jugend. Sie richtete Aufrufe an die Öffentlichkeit, dass sie sich nur gegen die „jüdische Provokation“ gewehrt hätten²⁸. Als die Verhafteten nicht umgehend

²⁸ Der Polizeikommandant Lembergs an die Bezirksstaatsanwaltschaft, 4. 6. 1929; Derżaw-

freigelassen wurden, rief das akademische Komitee alle polnischen Studenten zum Streik auf. Denn die „Ehre des polnischen Akademikers“ sei verletzt worden. Die Wirkungskraft von Deutungsmustern aus der *Obrona Lwowa* wird in der Argumentation der Studenten deutlich. Sie begründeten ihre Aktionen mit Erfahrungen des November 1918:

„Die polnische akademische Jugend meint, dass für die ziellose Provokation der zionistischen Jüdinnen (...) die ganze jüdische Gesellschaft verantwortlich ist, die seit langem durchdrungen ist von feindlichen Gefühlen gegen unseren Staat, ihre Brut in reptilienartigem Hass auf alles erzieht, was polnisch und katholisch ist und deren verbrecherisches Verhalten in der Zeit der Verteidigung Lembergs im Jahre 1918 der polnischen Gesellschaft lebhaft im Gedächtnis ist.“

Das Komitee forderte, alle polnischen Universitäten vor einem unbegrenzten Zufluss „dieser jüdischen Jugend“ abzuschließen und das Mädchengymnasium als „Nest verbrecherischer Instinkte, welches die religiösen Gefühle der polnischen Bevölkerung verletzt, zu schließen“²⁹. In Posen, Warschau, Wilna und Krakau kam es zu studentischen Solidaritätsstreiks und zu Angriffen auf Juden

In den folgenden Tagen kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen polnischen und jüdischen Studenten. Auf nationaldemokratischen Studentenversammlungen wurden wüste Drohungen gegen Juden, Staatsanwaltschaft und Polizei ausgestoßen. Die Regierung richtete am 5. Juni eine Sonderkommission ein und ließ Streifen zu Fuß und zu Pferde durch Lemberg patrouillieren. Jüdische Einrichtungen wurden von Polizisten mit aufgezogenen Bajonetten bewacht. Am 7. Juni flog der Innenminister persönlich nach Lemberg, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Das Durchgreifen der Regierung machte schließlich Eindruck, und die Stimmung beruhigte sich. Die Staatsanwaltschaft machte 32 Randalierern den Prozess wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Vierzehn prominente nationaldemokratische Rechtsanwälte verteidigten die Angeklagten kostenlos³⁰.

Die kollektive Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung war kein Einzelfall, sondern wurde in den 30er Jahren chronisch. Als Gewaltakteure taten sich vor allem polnische nationaldemokratische Studenten und Gymnasiasten hervor.

Seit spätestens 1930 war es Tradition geworden, dass nationaldemokratische Studenten zu Beginn eines akademischen Jahres jüdische Passanten verprügelten. Besonders gewalttätig verliefen diese Übergriffe 1932. Bereits seit Ende Oktober

nyj Archiv L'vivs'koï Oblasti (Staatsarchiv des Gebiets Lemberg, ukr. Abkürzung DALO), f. 126sc, od. 3, spr. 453, ark. 1. Der Polizeikommandant an die Bezirksstaatsanwaltschaft, 4. 6. 1929; ebd., ark. 2. Der Polizeikommandant an den Stadthauptmann, 4. 6. 1929; ebd., ark. 3. Aufruf polnischer Studenten an die polnische Jugend, 5. 6. 1929; ebd., ark. 4. Zum Kontext des Pogroms vgl. *Antony Polonsky*, A Failed Pogrom: The Demonstrations in Lwów, June 1929, in: *Yisrael Gutman* u. a. (Hrsg.), *The Jews of Poland Between Two World Wars* (Brandeis University 1989) 109–125.

²⁹ Aufruf des Lemberger akademischen Komitees an die polnische akademische Jugend in Lemberg, 5. 6. 1929; DALO, f. 121, od. 3, spr. 453, ark. 5.

³⁰ Anklageschrift der Bezirksstaatsanwaltschaft Lemberg, 15. 7. 1929; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 1123, ark. 14–27.

agitierte die polnische akademische Jugend gegen den jüdischen Handel. Am 12. November warfen die Studenten nach der Enthüllung einer Gedenktafel die Scheiben von 59 jüdischen Geschäften ein. Es gelang der Polizei zunächst, diese Angriffe einzudämmen, doch am 26. November 1932 eskalierte die Gewalt. Ein polnischer Student der Veterinärmedizin wurde bei einem nächtlichen Zusammenstoß zwischen polnischen und jüdischen Studenten von Messerstichen tödlich verletzt. Am nächsten Tag waren kein Platz und keine Straße der Stadt mehr sicher, und die antisemitische Grundhaltung der Studenten schlug in offene Gewalt um. Die Studenten teilten sich in mehrere, einige Dutzend Köpfe starke Gruppen auf und griffen an verschiedenen Stellen der Stadt jüdische Passanten und jüdische Einrichtungen und Geschäfte an. Am Morgen des 27. November rief der Polizeikommandant den Ausnahmezustand aus. Tag und Nacht patrouillierte die Polizei durch besonders gefährdete Gegenden. Am 28. und 29. November nahm die Zahl der Exzesse weiter zu. Gruppen von einer Handvoll bis einigen Dutzend Leuten attackierten Juden, sobald die Polizei nicht in der Nähe war. Sie zerstreuten sich, sobald Polizisten auftauchten. Die Passanten solidarisierten sich lautstark mit den Angreifern. Es gab Fälle, in denen das Publikum die Polizei anschrie, wenn diese die Demonstration aufzulösen versuchte. Das Chaos wurde durch Fehlalarme vermehrt. Die Polizei musste die Gewalt kleiner Gruppen im Stadtzentrum eindämmen und an vielen Orten gleichzeitig auf Provokationen reagieren. Vor einem Gebäude hatten sich 100 bis 150 Menschen versammelt, die versuchten, das Tor aufzubrechen. Sie teilten der eintreffenden Polizei mit, dort hätten sich Juden versammelt und mit Steinen auf Passanten geworfen. Die Polizei ging nicht gegen diese Demonstranten vor, brachte aber 18 Juden, darunter 16 Studenten zum Verhör auf die Wache. Insgesamt nahm die Polizei in Zusammenhang mit den Exzessen 256 Personen fest, darunter 150 Römisch-Katholiken, 56 Griechisch-Katholiken und 47 Juden. Erst nachdem die Polizei mit 220 Mann verstärkt worden war, gelang es, den Aufruhr am Abend des 29. November unter Kontrolle zu bekommen. Weitere 300 Polizisten und elf Offiziere wurden nach Lemberg kommandiert und als Polizeipatrouillen eingesetzt³¹.

Auch dieser Konflikt kam im polnischen Parlament zur Sprache. Der jüdische Klub warf der Polizei vor, nicht energisch genug eingegriffen und sogar unschuldige Juden verhaftet zu haben. Die Polizei wies die Vorwürfe zurück und meinte, häufige Fehlalarme hätten die Stoßkraft der Polizei vermindert und zum anfänglichen Chaos beigetragen. Die Strafverfolgung erwies sich als schwierig. Die studentischen Täter waren meist Angehörige der allpolnischen (nationaldemokratischen) Jugend und deckten sich untereinander. Nur wenige konnten vor Gericht gestellt werden³². Anscheinend hatten sich aber auch Ukrainer an den Krawallen beteiligt, und die Zahl der jüdischen Verhafteten legt nahe, dass sich die jüdische Bevölkerung diese Angriffe nicht widerstandslos gefallen ließ.

³¹ Mick, *Kriegserfahrungen* 399 f.

³² Polizeikommando Lemberg an den Stadthauptmann (Starost) Lembergs, 20. Dezember 1932; DALO, f. 110, od. 4, spr. 372, ark. 2–15. Chwila, 8. Dezember 1932.

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die Universität zum wichtigsten Schauplatz antijüdischer Gewalt. Die allpolnischen Organisationen forderten einen *Numerus Clausus* oder gar *Numerus Nullus* für Juden. Sie proklamierten „judenfreie Tage“ und fingen am Eingangstor jüdische Studenten ab³³. Polnische Studenten, die sich auf die Seite ihrer jüdischen Kommilitonen stellten, wurden verprügelt. Einen *Numerus Clausus* für Juden gab es im Fach Medizin und in allen Fächern des Polytechnikums. Allgemeiner Grundsatz der Jan-Kazimierz-Universität war, dass in einem Fachbereich nicht mehr als 10% Juden aufgenommen werden sollten. Ein wichtiges Ziel der Antisemiten war die Einrichtung so genannter „Ghettobänke“. Rektor Stanisław Kulczyński widersetzte sich der Forderung, der sich auch einige Professoren angeschlossen hatten und wurde deswegen von antisemitischen Studenten heftig angefeindet. Nach seinem Rücktritt wurden unter dem neuen Rektor, dem Archäologieprofessor Edmund Bulanda, 1938 „Ghettobänke“ eingeführt. Die jüdischen Studenten durften sich von nun an nur noch in die beiden letzten Reihen auf der linken Seite der Vorlesungssäle setzen. Jüdische Studenten besuchten zur eigenen Sicherheit nur noch in Gruppen Vorlesungen und erhielten separate Prüfungstermine³⁴.

Drei Mal endeten die Angriffe auf jüdische Studenten tödlich. Im Frühjahr 1939 wurde als letztes Opfer antijüdischer Gewalt vor Kriegsbeginn der Student des Polytechnikums Markus Landesberg auf dem Universitätsgelände erschlagen³⁵. Die Beerdigung entwickelte sich zu einer großen Trauerkundgebung, an der 12 000 Menschen teilnahmen, darunter auch viele römisch-katholische Polen, die ihre Solidarität mit dem Opfer ausdrücken wollten. Dies war nicht der einzige Fall, in dem es zum Schulterschluss zwischen demokratisch oder sozialistisch orientierten polnischen und jüdischen Studenten kam. Am Abend des 9. Februar 1939 fand z. B. im Skarbek-Theater eine öffentliche Versammlung der Demokratischen Jugend und der Unabhängigen Sozialistischen Jugend statt, zu der 700 Männer und Frauen kamen, je etwa zur Hälfte Polen und Juden. Die Redner kritisierten die Universitätsleitung, welche die Universität der Allpolnischen Jugend überlassen habe, und protestierten in einer Resolution gegen den „allpolnischen Terror“³⁶. Eine Woche später zogen abends fünfzehn Jugendliche durch die Straßen und skandierten Parolen gegen die nationaldemokratische Partei. Die Polizei nahm einen jüdischen und einen römisch-katholischen Jugendlichen fest³⁷. Das Klima an der Universität bestimmten jedoch die nationalistischen Gruppen, die auch den öffentlichen Raum beherrschten. Ihre Gewaltbereitschaft und ihr hoher Organisationsgrad verschafften ihnen auch auf der Straße einen entscheidenden

³³ Zum Beispiel im Oktober 1938: Tagesbericht der Polizei vom 17. 10.1938; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 494, ark. 59–63.

³⁴ *Elesar J. Feuerman*, *Moi Lwowscy profesorowie*, in: *Zeszyty Historyczne* 117 (1996) 55–72, hier: 56 ff.

³⁵ *Feuerman*, *Moi lwowscy profesorowie* 59 ff.

³⁶ Tagesbericht der Polizei vom 10. Februar 1939; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 498, ark. 152–154.

³⁷ Tagesbericht vom 17. Februar 1939; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 500, ark. 72–75.

Vorteil, dem allenfalls die organisierte Arbeiterbewegung etwas entgegenzusetzen hatte. Die Staatsmacht behandelte die nationalistische Jugend milde, solange sich deren Aggression gegen Juden, Sozialisten oder Ukrainer richtete³⁸.

Die kulturelle Distanz zwischen Gewaltakteuren und Gewaltopfern war relativ groß, während die relationale Distanz unterschiedlich war. Sie war gering, wenn jüdische Studenten angegriffen wurden, und sie war groß, wenn traditionell gekleidete Juden attackiert wurden. Soziale Ungleichheit spielte keine Rolle, eine funktionale Abhängigkeit bestand nicht. Die Gewaltakteure akzeptierten die jüdische Bevölkerung nicht als Mitbürger, sondern setzten die andere Religion mit der Zugehörigkeit zu einer anderen Nation gleich. Für sie bildeten die Juden einen Fremdkörper, der mit ihrem Ideal eines ethnisch homogenen Polen nicht vereinbar war. Der Antisemitismus war ein Dauerproblem in der Gesellschaft der Zweiten Polnischen Republik. Für die prügelnden Studenten wäre die Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft und aus der Universität die Herstellung der „gerechten Ordnung“ gewesen. Doch der polnische Staat schützte die jüdische Bevölkerung besser als die Ukrainer, aus deren Reihen der Staat ja direkt herausgefordert wurde. Staatliche Institutionen wie die Universitäten gaben jedoch dem gesellschaftlichen Druck nach und sanktionierten die Diskriminierung und Ausgrenzung von Juden bis zu einem gewissen Grad. Doch die Antisemiten hatten keineswegs freie Hand. Jüdisches Eigentum wurde geschützt, und Übergriffe auf Juden wurden verfolgt, wenngleich nicht so konsequent wie kollektive Gewalt, welche die politische Ordnung in Frage stellte. Die lange Dauer des Konflikts trug auch hier zu einer Eskalation der Gewalt bei.

Ausgangspunkt kollektiver Gewalt waren jedoch nicht immer nationale oder ethnische Konflikte, in einigen Fällen führten auch genuin soziale Konflikte zu kollektiver Gewalt.

Die chronische Wirtschaftskrise und eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit ließen in den dreißiger Jahren soziale Konflikte an Brisanz gewinnen. Die neuen Industrieviertel konnten den agrarischen Bevölkerungsüberschuss nicht absorbieren. In den Großstädten entstand eine akute soziale Notsituation. Gemeinsame politische und soziale Interessen ließen phasenweise ethnische Gegensätze in den Hintergrund treten. In Lemberg kam es wiederholt zu Prügeleien zwischen Nationaldemokraten und Arbeitern. Doch letztlich konzentrierten sich die Arbeiterparteien auf die Verteidigung sozialer Interessen und den Kampf gegen die autoritäre Regierung. Die Diskriminierung von Juden und Ukrainern und die antisemitische Gewalt der nationaldemokratischen Jugend hatten für die Arbeiterbewegung nur eine untergeordnete Bedeutung.

Polnische, ukrainische und jüdische Arbeitslose demonstrierten Mitte der dreißiger Jahre gemeinsam vor dem Lemberger Rathaus für mehr Arbeitsplätze. Im Frühjahr 1936 kam es in mehreren Städten, darunter auch in Lemberg, zu Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern, demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei. Am 21. April demonstrierten 3000 Arbeitslose vor dem Sitz der Wo-

³⁸ Tagesbericht vom 14. 5. 1939; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 500, ark. 72–75.

jewodschaft. Als berittene Polizei auftauchte, bewarfen die Demonstranten sie mit Steinen. Die Polizisten schossen auf die Demonstranten, töteten einen Arbeitslosen und verletzten einen anderen tödlich. Am nächsten Morgen demonstrierten wieder 5000 Arbeitslose, die von einem großen Polizeiaufgebot beobachtet wurden. Es kam jedoch zu keinen Zusammenstößen. Der Stadthauptmann wollte die beiden toten Arbeiter am Nachmittag auf dem Łyczaków-Friedhof beerdigen lassen und hatte für die Trauergemeinde einen Weg festgelegt, der nicht durch das Stadtzentrum führte. Das überparteiliche Arbeiterkomitee, das sich am Vorabend gebildet hatte, wollte die beiden Opfer jedoch auf dem Janowski-Friedhof beerdigen und den Trauerzug durch die ganze Stadt führen. Als sich der Trauerzug mit 45 000 bis 50 000 Teilnehmern Richtung Janowski-Friedhof auf den Weg machte, trieb die Polizei die Menge mit Maschinengewehrfeuer auseinander. Einige Arbeiter wurden erschossen, viele verletzt. Die Arbeiter antworteten mit Steinwürfen. Das gewalttätige Vorgehen der Polizei ließ die Situation eskalieren. In der Innenstadt errichteten die Streikenden Barrikaden, und Straßenkämpfe begannen. 31 Arbeiter und Arbeiterinnen starben während der Kämpfe, 18 weitere erlagen später ihren Verletzungen. Mehr als 3000 Arbeiter wurden verhaftet³⁹. Die Arbeiterschaft aller drei ethnischen Gruppen rückte in der Auseinandersetzung mit der Obrigkeit näher zusammen. Die Führer besuchten gegenseitig ihre Versammlungen und erklärten ihre Solidarität mit den Opfern. Am 17. März protestierten 3000 polnische und ukrainische Arbeiter sogar gemeinsam gegen die Angriffe auf Juden und die nationale Unterdrückung der Ukrainer. Im Frühjahr 1936 kam es immer wieder zu Streiks und Kundgebungen, an denen bis zu 20 000, am 1. Mai 60 000 Menschen teilnahmen⁴⁰.

Die relationale und kulturelle Distanz war bei diesen sozialen Konflikten gering. Hier spielte soziale Ungleichheit eine größere Rolle. Die Gewalt richtete sich gegen Arbeitgeber und die Arbeitsmarktpolitik des Staates. Die gewaltsame Auflösung der Arbeiterdemonstration kostete mehr Menschen das Leben als durch antisemitische Gewalt oder durch Gewalt gegen Ukrainer ums Leben kamen. Ähnlich wie im Falle des ukrainischen Terrorismus griff die Polizei hart durch, da hier Staat und das gesellschaftliche und politische System selbst herausgefordert wurden.

³⁹ Berichte aus der polnischen Arbeiterpresse sind in russischer Übersetzung abgedruckt in: *Istorijska L'vova v dokumentach i materialach* (Kyiv 1986) 199 ff. Die sowjetische Version dieser Ereignisse findet sich beschrieben in: *Istorijska L'vova. Korotkyj narys* (L'viv 1956) 105 ff. Auch die britische Tageszeitung *The Times* berichtete über diese Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei. *Many casualties in Polish riots*, *The Times*, 17. 4. 1936. *Polish riots*, *The Times*, 18. 4. 1936.

⁴⁰ Augenzeugenbericht eines polnischen Arbeiters, nach dem 21. 4. 1936; abgedruckt in: *Istorijska L'vova v dokumentach i materialach* 196 ff.

Zusammenfassung

Kollektive Gewalt in Form von Lynchen und Vigilantismus war in Lemberg nicht vorhanden. Aufruhr und Terrorismus waren die vorherrschenden Typen kollektiver Gewalt. Soziale Ungleichheit, relationale und kulturelle Distanz beförderten kollektive Gewalt, während in keinem Fall eine funktionale Abhängigkeit zwischen Gewaltakteuren und Gewaltopfern bestand.

Kollektive Gewalt wurde zwischen 1918 und 1939 zumeist im Kontext nationaler und ethnischer Konflikte ausgeübt. Im polnisch-jüdischen Konflikt waren die Gewaltakteure meist polnische nationaldemokratische Studenten und Gymnasiasten. Opfer waren jüdische Bürger, Studenten und Schüler. Diese kollektive Gewalt gehörte zum Typus Aufruhr (*riot*), zu der auch Pogrome generell gehören.

Im polnisch-ukrainischen Konflikt wurde Gewalt von beiden Seiten ausgeübt. Auf polnischer Seite sind wieder in erster Linie nationaldemokratische Studenten und Schüler die Gewaltakteure. Die Gewalt richtete sich gegen ukrainische Studenten, Schüler und ukrainische Einrichtungen. Diese Gewalt gehörte zum Typus Aufruhr. Angesichts der hoffnungslosen numerischen Unterlegenheit ging kollektive Gewalt gegen polnische Gruppen in der Regel nicht von Ukrainern aus. Die Studenten in beiden Lagern waren aber bis zu einem gewissen Grad organisiert, so dass hier ein fließender Übergang zu Terrorismus zu erkennen ist. Terrorismus dominierte in kollektiver Gewalt, die von Ukrainern ausging. Ihre Gewalt richtete sich gegen Repräsentanten des polnischen Staats und „ukrainische Kollaborateure“ und wurde in der Regel von der Ukrainischen Militärorganisation respektive der Organisation Ukrainischer Nationalisten angeleitet. Das Anzünden polnischer Getreidespeicher und Höfe zählt zu den ersten Beispielen für eine gegen die polnische Anwesenheit in der Region *per se* gerichtete kollektive Gewalt.

Die ukrainisch-jüdischen Beziehungen waren in der Zwischenkriegszeit gespannt, es kam aber zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Stadt und Region wurden beherrscht vom polnisch-ukrainischen Konflikt und der antisemitischen Haltung der Nationaldemokraten. Dies änderte sich erst im Zweiten Weltkrieg.

Als Folge der Weltwirtschaftskrise und der wachsenden Arbeitslosigkeit kam es auch zu kollektiver Gewalt, die ihren Ursprung in sozialen Konflikten hatte und in der soziale Ungleichheit eine größere Rolle spielte als relationale oder kulturelle Distanz. Diese Arbeiter- und Arbeitslosendemonstrationen wurden von der Polizei bisweilen gewaltsam aufgelöst, was zu einer Eskalation der Gewalt führen konnte.

Während die relationale Distanz mit Ausnahme des Pogroms von 1918 eher gering war, war die Größe der kulturellen Distanz in allen ethnischen Konflikten ein Faktor, der den Grad der Gewalttätigkeit beeinflusste. Der Staat war daran interessiert, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und ging gegen kollektive Gewalt vor. Das Ausmaß an Gewalt, das zur Wiederherstellung der Ordnung hergestellt wurde, hing einerseits von der Art der Herausforderung ab. Wurden der polnische

Staat oder die existierende Gesellschaftsordnung direkt herausgefordert, wie im Falle des ukrainischen Terrorismus oder der Massendemonstrationen in den dreißiger Jahren, wurde mehr Gewalt eingesetzt als im Falle von Herausforderungen, die von „staatstragenden“ Gruppen, wie den polnischen Studenten, ausgingen und sich gegen „marginale“ Gruppen, wie Ukrainer und Juden, richtete.

Summary

Riots and terrorism were the two dominant types of collective violence in inter-war Lviv. Collective violence erupted in the context of national and ethnic conflicts, usually taking the form of rioting. The perpetrators were mostly Polish national-democratic students and secondary school pupils. The victims were often Jewish citizens, students and pupils. In conflicts between Poles and Ukrainians both sides resorted to violence. On the Polish side national-democratic students and pupils played a key role in the riots. The violence was directed against Ukrainian students, pupils and Ukrainian institutions. Ukrainian collective violence usually took the form of terrorist acts against representatives and symbols of the Polish state and attacks on Ukrainians who were perceived as collaborators. The terrorist acts were organised and executed by members of the illegal Ukrainian Military Organisation and (after 1929) of the Organisation of Ukrainian Nationalists. Ukrainian-Jewish relations were strained but these tensions did not result in outbreaks of collective violence. The world economic crisis and the growing unemployment in the 1930s exacerbated the social conflicts. Workers' protests were suppressed by the police but erupted several times in collective acts of violence. The relational distance between perpetrators and victims and between the two opposing groups was – with the exception of the pogrom in November 1918 – small, but the large cultural distance between perpetrators and victims was a factor which also influenced the degree of violence. The Polish state tried to prevent collective violence from below. The degree of violence used by the state to establish law and order depended on the type of conflict. The level of state violence in cases where the Polish state or the existing order itself was challenged – for example, by Ukrainian terrorist acts or workers' protests in the 1930s – was higher than in cases where the violence was carried out by Polish students and was directed against “marginal” groups such as Ukrainians and Jews.